

21. Dezember:
5. Todestag von Zdravko N. Dimitrov

Einen Artikel dazu findet ihr ab Seite 13

NR. 30 NOVEMBER/DEZEMBER 2004

Halbzeitstand im Hoffmann-Land

Dreieinhalb Jahre ist Hoffmann Oberbürgermeister in Braunschweig. Dreieinhalb Jahre konsequenten Sparens haben zu einer ausgeglichenen Haushaltsbilanz ohne neue Schulden geführt, so sieht es jedenfalls die CDU. War's das? Ist jetzt die Ebbe im Stadtsäckel vorbei? Wird gar wiederhergestellt, was die Hoffmannsche Sense platt gemacht hat?

Wer's glaubt...
- sollte seine privaten Finanzen besser nicht selbst organisieren – und politischen Nachhilfeunterricht nehmen.
Zunächst einmal hat Hoffmann zum Ausgleich der Bilanzen so ziemlich alles verkauft, was mal Eigentum der Stadt war, und das Tafelsilber verkauft man nur einmal, wie es richtig heißt. Wie auch immer die finanzielle Situation der Stadt weitergeht, für Einnahmen sind diese Objekte nie wieder zu gebrauchen.

Weitaus wichtiger aber ist die Funktion, die Hoffmann ausübt und die im Wesentlichen nicht in seiner Hand liegt, und die heißt Umstrukturierung der Stadt nach den Interessen des Kapitals. Interessanterweise hat die Machtmittel hierfür die SPD durch die Verknüpfung von Verwaltungsspitze und politischem Amt im Amte des Oberbürgermeisters geschaffen, die ihrerseits auf Bundesebene unter anderem mit den Hartz-Gesetzen nach dem gleichen Strickmuster verfährt. Hoffmann lobte deren Vorgehen dann auch folgerichtig in der BZ am 29.07.04 als mutige Beendigung der "verhängnisvolle[n], andauernde[n] Ausuferung der Sozialausgaben". Es hackt eine Krähe der anderen nun einmal kein Auge aus, und Slogans wie "Birne muss weg" der SJD-Die Falken zu der Bundestagswahl, durch die die SPD an die Regierung kam, greifen ergo ins Leere.

Wie die "Umstrukturierung der Stadt nach den Interessen des Kapitals" konkret aussieht, lässt sich anhand weniger Fakten darstellen. Während unprofitable städtische Einrichtungen wie das FBZ, Schwimmbäder oder die Verbraucherberatung - die am Fehlen einiger zehntausend Euro zu Grunde ging - geschlossen wurden, scheut Hoffmann keine Ausgaben im Interesse der Wirtschaftsunternehmen. Die PDS erhielt durch eine Anfrage im Rat der Stadt Zahlen zur Wirtschaftsför-



Impressum: Fight Back!, Cyriaksring 55, 38118 Braunschweig
Erscheint regelmäßig in einer Auflage von 1000 Exemplaren. Die Verteilung erfolgt kostenlos an Schulen, Jugendzentren und in Kneipen. Der Inhalt der einzelnen Artikel gibt nicht unbedingt die Meinung des gesamten Redaktionskollektivs wieder. Über den Abdruck von zugeschickten Artikeln, Terminen etc. entscheidet das Redaktionskollektiv.

V.i.S.d.P.: August Merges, Karl-Marx-Str. 2, 38104 Braunschweig

derung, die bemerkenswert sind. Innerhalb von zwei Jahren (2001 auf 2003) steigerte Hoffmann diese Förderung um das 27fache von etwas über 40.000 auf knappe 1.170.000 Euro. Gespart wurde also einseitig auf Seiten derjenigen, die wenig Kohle für Konsum und Freizeitgestaltung haben, jedoch nur, um auf der anderen Seite ordentlich auszugeben. Projekte wie das ECE, die niemand vermisst hat und gegen die eine Menge Gründe sprechen, wurden mit Hoffmanns einer Stimme im Rat durchgedrückt und das Argument, es sei ja nicht die Stadt, die hier baue, es entstünden also keine Kosten, wird spätestens durch die Pläne der Stadt als Augenwischerei entlarvt, den Burgplatz für mindestens 2.000.000 Euro neu zu pflastern, damit die erhoffte feine Kundschaft des ECE-Nobelbaus sich in ihren feinen Schühchen nicht die zarten Haxen bricht (BZ vom 15.07.2004).

Die flankierenden Maßnahmen, die Hoffmann abspult, sind ihm dabei selbst vollkommen unwichtig. Nutzte er noch die Bewerbung zur UNESCO-Kultursonstnochwasstadt beim Versuch, politische Kundgebungen wie die am 1. Mai aus der Innenstadt zu drängen – der Burgplatz sei in seinem Bestand dafür wichtig – geht ihm eben jener Burgplatz am oft genannten vorbei, wenn es um die Interessen des Kapitals geht. Andere Projekte sind gar reine Luftschlösser, wie die inszenierte Diskussion um die Umbenennung des Rathausvorplatzes in "Platz des 17. Juni". Wen interessiert das wirklich außer denen, die keine echten Probleme haben? Hoffmann hofiert die Reichen, baut ihnen das Leben schön freundlich aus, für die anderen gibt's nichts außer heißer Luft (und einem kleinen Schild am Rathausvorplatz "Platz der deutschen Einheit"), Spott (wer sagt, die Arbeit bei Hoffmanns Putztruppe sei eine Chance zum Einstieg in den Arbeitsmarkt, kann den Betroffenen auch gleich ins Gesicht schlagen) und die bewaffnete Ordnungsmacht, die weiterhin fleißig durch die Parks patrouilliert, um dem Pöbel zu zeigen, dass er bei seiner – unkommerziellen – Freizeitgestaltung gefälligst gefällig zu schweigen hat.

... und wer's nicht glaubt, hat manchmal doch nicht recht.

Die PDS und mit ihr viele ECE-GegnerInnen, SPDlerInnen und andere Hoffmann-kritische gehen davon aus, es ginge auch anders, ohne die Rahmenbedingungen des politisch-ökonomischen Systems zu ändern, das kapitalistisch globalisiert die Welt umspannt. So fordert bspw. die PDS, es hätten bei der Wirtschaftsförderung die gleichen Maßstäbe zu gelten, wie in allen anderen Bereichen. Kürzen bei der Wirtschaft? Bringt das auch nur ein geschlossenes Schwimmbad zurück? Oder Steigerung der Ausgaben im sozialen und kulturellen Sektor? Wovon? Das Wirtschaftssystem Kapitalismus krankt in sich selbst, kein Hoffmann kann das ändern, auch kei-

ne PDS, und wollte sie nur das Beste. Solange technischer Fortschritt, der Arbeit einspart, nicht von den Arbeitenden selbst dazu genutzt wird, um weniger arbeiten zu müssen (ohne dadurch zu verarmen), führt die Konkurrenz privater Unternehmen durch Rationalisierung zu Massenerwerbslosigkeit und – weltweit betrachtet – zu Massenelend. Das ändert kein Hoffmann, dass ändern keine Nazis, die auf den Montagsdemonstrationen mitlaufen und mit ihrer rassistischen Hetze der Konkurrenz der Arbeitenden noch ideologische Schützenhilfe geben, und das ändern auch keine Umverteiler von links, ob ihre Losungen nun “wir wollen alles” oder “gleiche Maßstäbe in allen anderen Bereichen” lauten.

Das System, nach dem produziert wird, ist der Fehler, weil es nicht den Bedürfnissen der Arbeitenden dient, sondern auf Profit ausgerichtet ist, der nur wenigen nützt und der Masse schadet. Hoffmann und mit ihm der gesamte bürgerliche Staat verteidigen dieses System und arbeiten nach Kräften für seine Erhaltung, und dafür sind sie anzugreifen, lokal und global!

Immer wieder Montags...

Während Hoffmann auf städtischer Ebene kräftig dabei ist, von unten nach oben umzuverteilen, findet das ganze eine Kategorie größer auch auf Bundesebene aktuell im Rahmen der “Agenda 2010” statt. In der Stadt ist der Unmut über die hoffmansche Politik noch sehr gering, aber gegen die “Reformen” von SPD und Grüne hatte sich derweilen eine Bewegung gebildet.

Mit Forderungen wie “Weg mit Hartz IV”, “Schluß mit den unsozialen Schweinereien” und dergleichen gingen seit dem Sommer zahlreiche Leute auf die Straße. Bei den Montagsdemonstrationen und Demos anderen Tags war eine ungewöhliche Dynamik entstanden, die – vor allem im Osten der BRD – Massen mobilisiert hatte. “Hartz IV” betrifft eben auch die, die sich bisher zu den Besserverdienenden zählen konnten, die nun mit auf die Straße gehen und nicht selten zu den ideologischen Wortführern der Bewegung wurden. Eine berechtigte Frage ist allerdings, wo die Massen waren, als ähnliche Verschärfungen wie jetzt durch die “Sozial- und Arbeitsmarktreformen” für SozialhilfeempfängerInnen und MigrantInnen zur Realität wurden (zuletzt z.B. bei Hartz I-III). Die Antwort darauf ist in der Zusammensetzung und inhaltlichen Kritik der Bewegung zu suchen. Denn die berechtigte Empörung über den “Sozialkahlschlag” der rot/grünen Bundesregierung verkommt nur allzu oft zur Verteidigung der eigenen Privilegien, der eigenen sozialen Stellung in der Gesellschaft.

So siehts aus...

Die Proteste verlangen von der Bundesregierung, die “Reformen” nachzubessern, Hartz IV zurückzunehmen oder, und das ist auch schon das höchste der Gefühle, die ganzen Hartz-Pakete und die Agenda 2010 zu kippen. Und hier wird das grobe Missverständnis der meisten Demonstrierenden bereits deutlich, die das Problem allein in der aktuellen Demonta-

ge der Sozialsysteme sehen, die ja nicht erst mit den "Hartzpaketen" begonnen hat. Gerade den Teil, der ansonsten als nötig empfunden Wirtschaftsreformen, der sie betrifft, wollen sie nicht haben. Bei der zu erwartenden Massenverarmung durch die "Agenda 2010" handelt es sich aber keineswegs um ein unschönes Nebenprodukt eines ansonsten gut gemeinten und nötigen Umbaus des Sozialstaats, mit dem allheiligen Ziel, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Genau das Gegenteil ist der Fall: Die Massenverarmung ist Mittel zum Zweck, denn der Druck auf alle Erwerbslosen und auch (noch) ArbeiterInnen, schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse anzunehmen, um nicht gänzlich ohne Einkommen dazustehen, soll erhöht werden. Ziel des Ganzen ist, dass Arbeitskraft billiger wird und die Unternehmen demzufolge die Profite steigern. Der Angriff der Regierenden auf die sogenannten Lohnnebenkosten und die Erhöhung des Drucks auf abhängig Beschäftigte und Erwerbslose gleichermaßen, stellen dabei nur einen Teil der großangelegten Offensive gegen das Lohnniveau dar. Die Unternehmen ziehen nach. Mehrarbeit ohne Lohnausgleich bei Siemens, MAN, Opel, Bosch, Karstadt und vielen mehr, der Süßwarenhersteller Nippon führte gar eine 60-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich für drei Monate ein. Bei DaimlerCrysler ebenfalls Einführung von 40 Stunden die Woche in der Abteilung Forschung und Entwicklung, im Dienstleitstungsbereich des Unternehmens 4 Stunden mehr Arbeit bei 20-30 % niedrigeren Löhnen, Lohnabsenkung von 20 % bei Neueinstellung, um nur einen Teil des "Kompromisses" zwischen Unternehmensführung und IG Metall zu nennen. Auch bei Volkswagen endete die Tarifverhandlung mit nahezu genau den Forderungen, die Personalchef Peter Hartz hatte: Nullrunde, flexiblere Arbeitszeiten, Bezahlung von Überstunden erst bei über 40 Wochenstunden, Kürzung der Lehrlingsvergütung um 20 % usw. Keine Forderung der Kapitalseite, die nicht mit dem Totschlagargument, Arbeits- bzw. Ausbildungsplätze zu erhalten, gerechtfertigt und unter gleicher Prämisse von den Gewerkschaften getragen wird.


Antikapitalistischer Block auf der Demo am 6.11. in Nürnberg

Ein Blick auf die Ursachen...

Das, was aktuell passiert, ist nicht auf fehlende Sensibilität den Bürgern gegenüber oder auf mangelnde Kompetenz der Politik zurückzuführen, sondern Ergebnis der ökonomischen Verhältnisse, in den wir leben. Mit dem Aufkommen der Mikroelektronik Ende der 70er Jahre ist die Arbeit nach und nach derart produktiv geworden, dass im Verwertungsprozess zahlreiche Arbeitskräfte überflüssig geworden sind. Sie können durch das Kapital in

Zeiten der Überproduktion nicht mehr gewinnbringend eingesezt werden, können also keine Waren mehr produzieren die sich auf dem Markt verkaufen lassen. Die an sich begrüßenswert Tatsache, dass wir mit immer weniger Arbeit immer mehr produzieren können bedeutet in dieser Gesellschaft allerdings mehr Arbeit für die (noch) Arbeitenden und zunehmende Verarmung der Erwerbslosen. Denn der globale Kapitalismus versetzt die unterschiedlichen Kapitalstandorte in Konkurrenz zueinander. Das Kapital wird dabei dort angelegt, wo es die besten Aussichten auf seine Vermehrung hat, also die größtmöglichen Profite erzielen kann. Die Standorte wetteifern nun um die bestmöglichen Rahmenbedingungen dafür, sprich um möglichst profitable Produktionskosten. Ein Konkurrenzkampf, der auf dem Rücken der ArbeiterInnen und Erwerbslosen ausgetragen wird und ein stetiges Abwärtsspiel in Sachen Lebensstandard der Lohnabhängigen in der ganzen Welt bedeutet. Staat und Politik machen sich hierbei nicht bloß zu willigen Vollstreckern der Unternehmerforderungen, sondern haben ihrerseits ein eigenes Interesse daran. Denn vom Erfolg im Standortwettbewerb hängt maßgeblich ab, wie hoch das Kapitalwachstum innerhalb der Nation ist, und das bestimmt wiederum die Höhe der Steuereinnahmen und den Wert des nationalen Geldes. Das Interesse an der ökonomischen Macht fällt also mit dem an der politischen Macht zusammen.

So wird das nichts...

Die Montags- und anderen Demos gegen Hartz IV, so berechtigt die Aufregung darum ist, greifen mit ihrer Kritik daher viel zu kurz. Sie bleiben mit ihren Forderungen nach Verbesserungen in der Logik des kapitalistischen Alltagsgeschäfts stecken, wodurch eine tatsächliche Perspektive verloren geht. Viele der kleinbürgerlichen Träger der Bewegung lenken die Proteste in eine Richtung, die mit einer Bewegung aller Betroffenen nicht viel gemein hat. Im Verteidigungskampf ihrer eigenen privilegierten Stellung als Besserverdienende werden die Interessen der Millionen Erwerbslosen und sogenannten „working poor“ (arbeitende Arme), die schon längst ganz unten in der Gesellschaft stehen, verraten und mit dem Aufsitzen auf die nationalistische Standortlogik die weltweite Konkurrenz unter den Lohnabhängigen befördert. Die ArbeiterInnen und Erwerbslosen werden solange durch Staat und Unternehmen erpressbar bleiben, wie ihre einzige Aussicht in neuen Arbeitsplätzen besteht, also in der Indienstnahme und Verwertung durch das Kapital. Jede bittere Pillle wird geschluckt, sofern sie auch nur im entferntesten Arbeitsplätze schaffen kann. Bei vielen der Anti-Hartz-Demos wurde der herrschenden Klasse daher allzu oft vorgerechnet, dass ihre “Reformen” eben keine Arbeitsplätze bringen, ansonsten wäre man ja bereit zu verzichten und den Gürtel enger zu schnallen, damit das Wirtschaftswachstum voran kommt. Eine traurige Aussicht für alle, deren Gürtel jetzt schon im letzten Loch geschnürt ist und angesichts der weiter fortschreitenden Verschlechterung der Lebenssituation durch die Standortkonkurrenz selbst für die noch Besserverdienenden...

Nicht wirklich cool: Krieg bleibt scheisse!

Flugblatt zum „(S)coolday“ der Bundeswehr

Im Moment findet hier auf dem Kohlmarkt der ”(S)Coolday” statt, eine Werbeveranstaltung der Bundeswehr. Mit reichlich militärischem Pomp und Mitmachaktionen - wie das Ratespiel ”Wer wird General ?”- soll ein jugendgerechtes, sauberes und modernes Bild militärischen Handelns vermittelt und gleichzeitig Nachwuchs rekrutiert werden. Denn auch in Zukunft soll den weltweiten Kriegseinsätzen nichts mehr im Wege stehen...

Seit der Wiedervereinigung und der damit wiedergewonnen Souvernität der BRD wird die Bundeswehr Schritt für Schritt zu einer Interventionsarmee ausgebaut, deren Einsatzgebiet global und deren Auftrag die Durchsetzung machtpoltischer Interessen ist.

Der Anfang dieser Entwicklung liegt in den 1992 veröffentlichten ”Verteidigungspolitischen Richtlinien” des Verteidigungsministeriums. Dort heißt es zur neuen Rolle der Bundeswehr, dass ”die nationalen Interessen” weltweit verteidigt werden müssen, da die BRD eine ”kontinentale Mittelmacht mit weltweiten wirtschaftlichen Interessen” ist. Diese Interessen reichen (laut Richtlinien) ”von Aufrechterhaltung des freien Marktes” bis zum ”ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt”. Die Aufgabe des Militärs ist also die Durchsetzung ökonomischer Interessen überall auf der Welt .

GEGEN BUNDESWEHR

Was 1992 unter der CDU-Regierung noch als Ziel formuliert wurde, die Bundeswehr zur weltweiten Eingreiftruppe auszubauen, ist seit spätestens 1999 unter der rot- grünen Bundesregierung Realität geworden. Mit ”moralischen Rechtfertigungen” wie ”ein neues Auschwitz” zu verhindern und mit Greulmärchen von ”serbischer KZ’s”, die später als offensichtliche Kriegslügen entlarvt wurden, ebneten Joschka Fischer und andere Politiker den Weg zum militärischen Eingreifen in Jugoslawien, der ersten aktiven Kriegsbeteiligung seit 1945. Seit dieser Feuertaufe ist die BRD bei fast jeder militärischen Intervention die sich für ihre ökonomischen und politischen Interessen rechnet, dabei. In Afghanistan ist die Bundeswehr für die Besatzung von über einem Drittel des gesamten Territoriums verantwortlich, und auch die deutsche Spezialeinheit KSK ist dort im Einsatz. Die Normalisierung deutscher Kriegsbeteiligung ist Realität geworden. Im Moment sind über 7000 Bundeswehrsoldaten in 13 Staaten auf allen Teilen des Globus, stationiert.

Die BRD baut weiterhin militärische Strukturen auf, damit eigenständig Kriege geführt werden können und dafür nicht mehr die Beteiligung anderer Großmächte ,wie beispielsweise die der USA, nötig ist. Diese Entwicklung verläuft auf verschieden Ebenen: national wird die Bundeswehr zur Berufsarmee aufgerüstet, die den Rahmen-

bedingungen internationaler Intervention personell und technisch angemessen ist; auf europäischer Ebene wird parallel mit anderen Ländern eine europäische Krisen-Interventionsarmee mit 10000 Soldaten aufgebaut, die binnen weniger Tage weltweit losschlagen kann.

Mit der heutigen Werbeveranstaltung, dem ”(S)coolday”, versucht die Bundeswehr gerade Jugendliche mit ”Abenteuerertum” und einer selbst geschaffenen Erlebniswelt für dieses Treiben zu gewinnen. Aus einem Beruf, dessen Inhalt es ist, auf Befehl Menschen zu massakrieren und andere Staaten zu besetzen, wird ein Job wie jeder anderer gemacht, bei dem Abenteuer und Gemeinschaft im Vordergrund stehen. Laßt uns nicht tolerieren, dass offen für dieses mörderische Geschäft rekrutiert wird! Krieg, das ist die offene Form der Gewalt in einer Gesellschaft, die auf Gewalt und täglicher Unterordnung beruht. Kapitalismus produziert Krieg. Alle militärischen Auseinandersetzungen drehen sich immer um handfeste wirtschaftliche und machtpolitische Interessen. Wo immer, so wie heute hier, militaristische Veranstaltungen stattfinden, wo versucht wird, Stimmung für Krieg zu machen und die militärische Durchsetzung kapitalistischer Verwertungsinteressen bejubelt wird, ist Widerstand angesagt.

Kein Platz dem deutschen Militarismus!

Die Aktion gegen den „(S)coolday“

Die Protestaktion gegen der Werbeauftritt der bundesdeutschen Armee fand am 7. September wie angekündigt statt. Rund 30 AntimilitaristInnen entrollten ein Transparent und hielten über den Lärm der Propagandashow hinweg einen Redebeitrag, der die Rolle der Bundeswehr in der aktuellen Außenpolitik thematisierte.

Das Verständnis der versammelten Jugendlichen hielt sich – um es positiv auszudrücken – in den engen Grenzen ihres politischen Bewusstseins. Durch Zwischenrufe und Kommentare machten die Anwesenden deutlich, dass sie die “Arbeit” der Bundeswehr für richtig halten und Protest dagegen für falsch. Das bedeutet, dass es einen größer gewordenen Teil von Jugendlichen gibt, der es für richtig hält, dass die Armee im Ausland die Interessen des Staates durchsetzt und dafür Krieg führt – Krieg in aller Welt.

Das ist durchaus eine Veränderung zu den letzten Jahrzehnten. Auch heute gehen noch mehr Jugendliche *gegen* Krieg auf die Straße als *dafür*, z.B. bei den Protesten gegen den Krieg der USA im Irak. Dass das Publikum einer solchen Armee-Werbe-Show aber nicht hauptsächlich aus alten Säcken besteht, ist neu. Gründe mögen darin liegen, dass die Bundeswehr in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit als “Arbeit”geber attraktiver geworden ist. Auf jeden Fall zeigt es, wie leicht Meinung durch den gezielten Einsatz der bürgerlichen Massenmedien manipulierbar ist. Nach und nach wurden diejenigen, die von imperialistischen Kriegen nichts haben, durch die Medien daran gewöhnt, dass

die Bundeswehr im Ausland unterwegs ist. Das allein wäre noch vor zwanzig Jahren ein Skandal gewesen, betonten die Politiker hier doch immer, die Bundeswehr sei nur eine "Verteidigungsarmee". Um die Veränderung in die Köpfe der Leute zu kriegen, wurde alles schön langsam entwickelt. Zuerst gab es nur "humanitäre" Einsätze, wie z.B. in Somalia, dann war Minenräumen im Golf angesagt, später Polizei Spielen auf dem Balkan und schließlich durfte die Armee zum ersten Mal seit über fünfzig Jahren wieder ein Land besetzt halten – Afghanistan.

Wie wir bei der Aktion sehen konnten, wirkt die Meinungsmache auch auf Jugendliche – die bei der Show anwesenden Nachwuchs-Nazis geben einen Hinweis darauf, auf welche Jugendlichen besonders!

Eine kleine Nazi-Umschau

Wahlerfolge für Naziparteien, CDs mit Nazi-Mucke und Internet-Links für lau auf dem Schulhof, feiner Zwirn mit Runensymbolik in Klamottenläden – Faschisten sind in der BRD normal geworden, die meisten Menschen nehmen sie nicht einmal wahr. Mehr als genug Gründe für den aufmerksamen, widerständigen Rest, sich das Treiben dieses Haufens weiterhin genau anzusehen, um in den richtigen Momenten dagegen aktiv zu werden.

Das Nazi-Springteufel-Syndrom

9,2 Prozent für die NPD in Sachsen, 6,1 Prozent für die DVU in Brandenburg – zwei Wochen vor der Wahl war den bürgerlichen Parteien plötzlich aufgefallen, dass sie für die nächsten Jahre ihre warmen Parlamentssessel mit Nazis würden teilen müssen. Warum das Geschrei? Den feinen Damen und Herren passiert doch nichts. Ihnen droht nicht das Schicksal von Flüchtlingen und MigrantInnen, auf offener Straße von Nazibanden zusammengeschlagen oder ermordet zu werden. Sie werden von der Polizei beschützt und nicht wie AntifaschistInnen überwacht und kriminalisiert. Warum also das Geschrei?

Weil sie die Naziparteien schlicht als Konkurrenz betrachten. Für den kapitalistischen Staat sind die Nazis kein ernsthaftes Problem – wenn man von verprellten ausländischen Investoren und Arbeitskräften einmal absieht. Historisch betrachtet hat die deutsche Wirtschaft vom Faschismus kräftig profitiert, ist das



Demo gegen den Naziaufmarsch am 23.10.2004 in Hannover

hiesige Kapital gestärkt aus dem Krieg (2. Weltkrieg) hervorgegangen. Es wurde auch nichts verstaatlicht oder irgendwie gegängelt (weswegen das "sozialistische" in Nationalsozialisti scheDeutscheArbeiterpartei (NSDAP) auch nichts weiter als eine populistische Phrase war und ist) – abgesehen von den Besitztümern jüdischer Eigentümer. Es mag sich der einzelne Nazi für einen fundamentalen Systemgegner halten, an die Macht kommen Faschisten aber immer nur dann, wenn sie dem Kapital nicht gefährlich werden. Die gesamte faschistische Staatsführung war in jedem geschichtlichen Fall nichts weiter als eine radikalisierte Form des bürgerlichen Staates, es gab immer noch Besitzende und Lohnabhängige, Erwerbslosigkeit (auch heute werden Erwerbslose zu Arbeit vom Staat herangezogen, sind sie darum keine Erwerbslosen mehr?) und Armut, der Chef blieb der Chef, auch wenn er sich "Volks-" oder "Parteigenosse" nannte (ja, ihr vermutet richtig, auch das Wort "Genosse" ist geklaut) und man musste mehr malochen als vorher. Es gibt daher keine zwingenden Gründe, Naziparteien im Interesse des Kapitals zu verbieten, wie z.B. die Kommunistische Partei, die 1956 verboten wurde und es bis heute ist. Der Präsident des Bundes Deutscher Industrie (BDI) erklärte nach den Wahlerfolgen von NPD und DVU gegenüber der chemnitzer "Freien Presse" dann auch, dass er die Gefahr eher von Links sehe und warnte davor, "das Phänomen Rechtsextremismus überzubewerten".

Angesichts der Krise für die lohnabhängigen Massen – denn entgegen der Mediendarstellung geht es dem Kapital mit den strukturellen Rahmenbedingungen in der BRD nicht schlecht, sondern so gut wie eh und je – müssen die bürgerlichen Parteien jedoch fürchten, dass das Wählen von Naziparteien wieder populärer wird. Historisch ebenfalls nichts neues ist nämlich der Umstand, dass in dem, was sich selbst gern Deutschland nennt, diejenigen, die mehr zu verlieren haben als ihre Ketten, in schlechten Zeiten nach "rechts" tendieren, also dazu neigen, sich einen starken Mann herbei zu phantasieren, der dann ihre Probleme lösen soll. Natürlich auf Kosten anderer, aber das ist auf Grund der Tatsache, dass diese eben keine "Deutschen" sind, nach dieser menschenverachtenden Sichtweise egal. Daher fällt es den bürgerlichen Parteien schon schwer, sich von ihrem eigenen Schlaflied beruhigen zu lassen, welches gebetsmühlenartig die Wahrheit repetiert, dass sich faschistische Parteien in den letzten Jahren in jedem Landtag komplett blamiert haben bis hin zur Selbstauflösung der Fraktionen.

Plötzlich ist es wieder da, das Thema Nazis, so als ob nicht die Gewalt der Anhänger eben jener Partei alltäglich sei, jährlich Dutzende von Toten in der BRD forderte, und seit Jahrzehnten bekannt und geduldet wäre. Es ist das gleiche opportunistische Verhalten das historisch (okay, das war das letzte Mal "historisch" in diesem Artikel) die Nazis duldete, mit ihnen paktierte und sie erst dann ernst nahm, als es zu spät war und um den eigenen Hals ging. Hitler resümierte übrigens 1934, als ihm vom Kapital die Macht übertragen worden war und die Mehrheit der "Deutschen" ihren eige-

nen Untergang an der Wahlurne bestätigt hatte: "Nur eines hätte unsere Bewegung stoppen können - wenn unsere Gegner ihr Prinzip verstanden hätten und vom ersten Tag an den Kern unserer neuen Bewegung mit aller Brutalität zerschlagen hätten." Von den bürgerlichen Parteien ist das nicht zu erwarten.

Rekrutierung 2004

"Anpassung ist Feigheit – Lieder aus dem Untergrund", so steht's auf dem Cover der CD, in der Mitte eine rote Faust, die mit einer Kette ringt. Der Verfassungsschutz geht davon aus, dass 50.000 – 250.000 Exemplare kostenlos auf Schulhöfen, an Bushaltestellen und anderen Orten, wo sich Jugendliche aufhalten, verteilt werden sollen. Was ist passiert? Hat sich die RAF wieder gegründet und versucht nun aus dem Untergrund Propaganda zu machen? Leider nicht. Leider handelt es sich nur um eine Musik-CD "von des Führers Gnaden".

So richtig klandestin, wie es sich für den Untergrund gehört, sind die Produzenten Thorsten Heise aus Fredderode, Anführer der Kameradschaft Northeim, noch der Kuhlhausener Nazi und CD-Produzent Lutz Willert allerdings nicht. Thorsten Heise hatte sich auf der Internetseite seines Online-Versandhandels "W&B-Versand" selbst zu der Aktion bekannt. Untergründig ist höchstens das musikalische Querbeetsammelsurium, das auf der CD präsentiert wird. Von Klampfenmucke bis hin zu RechtsRock-Gruppen mit wohlklingenden Namen wie "Stahlgewitter" "Nordfront" oder "Spirit of 88" hat Heise hier zusammengewürfelt, was zusammengehört, Hauptsache irgendwie stolzdeutsch. Tja, und dann gibt's auf der CD noch die übliche Nazi-Hetze, Kontaktadressen zu einschlägigen Vereinigungen in mehreren Bundesländern, Österreich und der Schweiz sowie Verweise auf den faschistischen Devotionalienhandel.

Die Menge der CDs wäre im Gegensatz zu ihrem Inhalt schon von ungewohntem Kaliber. An der Produktion und Finanzierung des CD-Samplers sollen sich rund 60 rechtsextreme Kameradschaften, Musiklabels und Versandgeschäfte beteiligt haben. Die Versuche, in Presswerken in der BRD ihr Machwerk zu replizieren, schlugen bislang fehl, Heise und Konsorten haben aber wohl die Kontakte der Nazi-Musikszene ins Ausland genutzt, um ihr Vorhaben in die Tat umzusetzen. Die erste Limited Edition der CD ging interessanterweise an den Verfassungsschutz, aber wen wundert das, weitere zig Tausend sollen noch auf die Auslieferung warten.

Egal ob dieser Rekrutierungsversuch wegen seiner Größe staatliche Stellen zum Handeln brachte oder in seiner Größe durch staatliche Hilfe erst ermöglicht wurde, die alltägliche Rekrutierung auf dem Schulhof oder an der Bushaltestelle bleibt demgegenüber unbeachtetes Randereignis und sie zu bekämpfen Aufgabe derjenigen, für die ein Nazi in ihrem Umfeld schon einer zuviel ist.

Naziler defolun!

Ein "Nazis verpisst euch!" auf türkisch ist die Einleitung für den dritten Teil unserer kleinen Nazi-Umschau. Aus der Türkei stammen nämlich Kleidungsartikel der Marke "Thor Steinar", die seit 2003 der Nazi Axel Kopelke aus Königs Wusterhausen

bei Berlin produzieren lässt. Laut eines Nazi-Blattes namens "RockNord" handelt es sich dabei um "patriotische Kleidung mit nordischer Attitüde". Diese verquarzte Kopie des Modedesignerjargons versucht sprachlich die Mischung hinzubekommen, die die neue Marke bereits jetzt in Nazi-Kreisen boomen lässt: gehobener Anspruch an die Form mit altbekanntem Inhalt.
Bislang gab es Marken, die von Nazis adaptiert wurden, wie Lonsdale (ursprünglich eine Boxsportausstatter-Marke - die mittleren Buchstaben NSDA machen sich in den Augen der Nazis toll, weil sie an NSDAP erinnern) oder Fred Perry (ein jüdischer Tennisspieler aus der Arbeiterklasse, der sich hochgespielt hatte und bei den originalen Nicht-Nazi-Skins daher Idolcharakter besaß – das wissen die Nazis nicht und finden den Lorbeerkranz toll), die in der Mischung mit amerikanischen Bomberjacken, englischen DocMartens, LEVI'S-Jeans (was könnte uns der Name sagen?) und einem deutschen Hohlkopf nen prima Nazi-Outfit abgeben. Während die Firma Lonsdale beispielsweise eine Kampagne gegen Rechts initierte um von dem Nazi-Image wegzukommen, gab es Kleidung, die den Besitzer eindeutig und offen als Nazi erkennen ließen, wie CO**NSDAP**LE (die Nazi-Antwort auf Lonsdale, denn hier sind alle Buchstaben enthalten) oder Shirts mit den Namen von Nazi-Bands, Keltenkreuzen etc.
Die Marke "Thor Steinar" verbindet den eindeutigen Nazi-Inhalt mit einer Form, die den meisten nichts sagen wird, weil sie frei von ins Auge springender Symbolik ist. Eindeutig ist die Marke, da sie von Nazis für Nazis gemacht wird und auch der Name ist Programm. Die beiden Runen Tyr und die Rune Sig sind als sogenannte Binderune in der gleichen Form das Symbol des faschistischen Thule-Seminars, einer Sammlungsorganisation für alle möglichen gewalttätigen Nazigruppen. Auf einigen Artikeln der Marke taucht Werbung für die Nazi-Band "Ultima Thule" auf, doch das ist eher die Ausnahme. Die Stoßrichtung ist eher, öffentlich unerkannt zu bleiben. Wer die Marke kennt, soll einen erkennen können, für den Normalo bleibt's ne sportlich schicke Klamotte.

Drei Wege – ein Ziel

Wir haben in aller Kürze drei Aspekte der Normalisierung der Nazi-Szene behandelt. Normalisierung soll nicht bedeuten, dass wir meinen, die Nazis seien normal, sondern dass die bundesdeutsche Gesellschaft ihnen diesen Status einräumt. Nach einigen Jahren der Leugnung, folgenden Anti-Nazi- und Aufstand-der-Anständigen-Worthülsen geht man dazu über, Nazis als Teil der Realität hinzunehmen. Die Nazis ihrerseits nutzen diesen Umstand und gehen auf allen Ebenen in die Offensive. Wir hingegen meinen, dass eine Realität, in der Nazis normal sind, mit diesen abzuschaffen ist!

Zum eigenen Schutz erschossen...

Gedenken zum 5. Todestag von Zdravko Nikolov Dimitrov

Vor fünf Jahren, am 21. Dezember 1999, erlag der Flüchtling Zdravko Nikolov Dimitrov Schussverletzungen, die ihm zuvor in Braunschweig durch ein Sondereinsatzkommando (SEK) der Polizei zugefügt worden waren. Dieser Artikel beschreibt die Abläufe, die zu seinem Tod führten, um daran exemplarisch zu verdeutlichen, nach welch mörderischer Logik der Staat mit Flüchtlingen verfährt.

Chronik eines staatlichen Mordes

Zdravko Nikolov Dimitrov war Bulgare und bis Ende der 80er Mitglied des dortigen kommunistischen Jugendverbandes. Der Umsturz hin zum Kapitalismus westlicher Prägung verlief in Bulgarien, wie in anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks, äußerst gewalttätig. Dimitrovs Familie hatte eine höhere Position im alten politischen Establishment des Landes inne und daher rächten sich die neuen Machthaber an ihnen. Er wurde festgenommen und tagelang von speziellen "Ärzten" und Polizisten im Auftrag der neuen Machthaber gefoltert. In einer Mitteilung der Pressestelle des Innenministeriums in Sofia heißt es dazu, dass *"vier Polizisten ihm die Physiognomie ausgewechselt"* hätten (zu lesen in der bulgarischen Tageszeitung *Trud* (Ausgabe vom 17.2.1992). Dimitrov floh aus Bulgarien und kam im Oktober 1993 in die BRD. Hier nahm er sein Studium an der TU-Braunschweig auf und stellte aufgrund der erlittenen Folterungen Antrag auf politisches Asyl. Das Recht auf politisches Asyl, das nach den Erfahrungen des Faschismus geschaffen wurde, wird jedoch bereits seit Jahrzehnten nur noch äußerst selektiv nach politischen Kriterien eingeräumt. Beispielsweise erhielten Menschen aus dem Kosovo so lange Schutz in der BRD, wie man sie als politische Argumentationshilfe für die Besetzung des Balkans brauchte, Afghanen geht es heute ebenso usw. Andere Flüchtlinge, insbesondere, wenn sie in einem ehemaligen "Feindesstaat" zur herrschenden Klasse gehörten, haben hier keinerlei Chance auf Asyl. Sein Antrag wurde trotz der eindeutigen Beweise für Folterungen aus politischen Gründen abgelehnt und auch seine Einsprüche gegen diese Entscheidung hatten keinen Erfolg. Ihm wurde, da er der BRD wirtschaftlich nützte, der Status der Duldung zugestanden, die aber im Jahr 1999 auslief. Bis dahin hatte er sein Studium beendet und arbeitete als Doktor der Physik bei Rollei in Braunschweig. Während seiner Zeit in Braunschweig war Dimitrov politisch aktiv. Er kämpfte gegen rassistische Sondergesetze, wie die sog. Residenzpflicht und die Einführung des "Projekt X".

Mit der Mitteilung der "Ausländerbehörde", dass er bis zum 28.06.1999 das Land verlassen müsse oder andernfalls abgeschoben werde, begann der staatliche Mord an Dimitrov. Bekannt war der "Ausländerbehörde", dass Dimitrov mehrfach geäußert hatte, sich lieber das Leben nehmen zu wollen, als in das Land zurückzukehren, in dem seine Folterer noch immer an der Macht waren. Mehrere Gutachten des "Behandlungszentrum für Folteropfer" in Berlin belegten, dass er

auf Grund der Folterungen "extrem suizidgefährdet" (d.h. selbstmordgefährdet) sei, logischerweise inbsondere bei Zwangsmaßnahmen durch Polizei und staatliche Ärzte. Dennoch ordnete die "Ausländerbehörde" die Inhaftierung in der JVA Wolfenbüttel zum Zwecke der bevorstehenden Abschiebung an. Da Dimitrov sich zu diesem Zeitpunkt bereits seit Wochen versteckt hielt, um der gewaltsamen Abschiebung zu entgehen, wiegte ihn die "Ausländerbehörde" in Sicherheit. Deren Chef, ein gewisser Herr Wrobel, sicherte ihm zu, weitere "Maßnahmen", also z.B. die polizeiliche Vorführung zur Untersuchung durch einen Behördenarzt, bis auf weiteres auszusetzen. Daraufhin kehrte Dimitrov in seine Wohnung zurück.

Dimitrovs letzter Lebenstag

Am Morgen des 10. Dezember 1999 standen zwei Polizisten vor seiner Tür, um Dimitrov in Abschiebehaft zu nehmen. Als er die Polizisten sah, verschanzte er sich in panischer Angst in seiner Wohnung und drohte damit, sich selbst zu töten. *"Der Mann hielt sich das Messer an die Kehle, zitterte am ganzen Körper und brüllte wieder sinngemäß, dass er sich töten werde."* (Polizeisprecher Klaus Buhlmann in der BZ vom 11.12.1999). Aufgrund der "besonderen Situation" zogen sich die zwei Polizeibeamten zurück und das SEK aus Hannover wurde angefordert, eine paramilitärische Truppe, die auf Entführungen, Banküberfälle mit Geiselnahme u.ä. spezialisiert ist. Der Staat, d.h. jene Menschen, die in ihrer Funktion den Staat bilden, entschied, dass mit allen Mitteln verhindert werden müsse, dass sich der Flüchtling Dimitrov in der BRD umbringt. Das könnte in der Öffentlichkeit deutlich machen, wie hoffnungslos seine Situation war, weil ihm in der BRD keine Hilfe zuteil geworden war. Offiziell hieß das später, man habe ihn "vor sich selbst schützen" wollen. Das SEK stürmte also - mit schweren Schutzwesten und Maschinenpistolen ausgerüstet - seine Wohnung, warf sog. Blendschockgranaten, die einen Menschen kurzzeitig blind und taub machen, und schoss auf ihn, da er ja ein Küchenmesser, also eine Waffe in der Hand hielt. Dimitrov wurde schwer verletzt und starb am 21. Dezember 1999 an den Folgen der Schüsse, ohne aus dem Koma wieder erwacht zu sein.

Die am Mord beteiligten Polizeibeamten wurden später von allen Vorwürfen freigesprochen. Sie hatten der mörderischen Logik der staatlichen Abschiebemaschinerie zufolge richtig gehandelt.

Lauter Protest und stilles Gedenken

Dieser unverhohlene staatliche Mord ist einer von vielen Höhepunkten staatlicher Ausgrenzungspolitik gegenüber Flüchtlingen und MigranntInnen. Für AntirassistInnen in Braunschweig ist er jedoch zum Symbol geworden. Er zeigt, wie unwichtig Menschenleben für den kapitalistischen Staat sind, wenn sie seiner Logik entgegenstehen. Der Mord geschah mitten unter uns, nicht in einer Abschiebehaftanstalt oder im sog. Herkunftsland des Flüchtlings. Er wurde nicht verheimlicht oder vertuscht, die Zeitung bildete sogar noch ein Foto ab, auf dem zu sehen war, wie Dimitrov sich in seiner Wohnung selbst be-

drohte und das SEK bereits hinter der Hausecke stand, um ihn zu töten. Niemand war nach dieser Logik schuld an Dimitrovs Tod, außer er selbst, der nichts anderes wollte, als in Frieden und ohne Angst leben zu können.
Bereits im Dezember 1999 kam es zu mehreren Spontandemonstrationen mit über 100 Leuten, die vor das Polizeirevier Münzstraße und die Braunschweiger “Ausländerbehörde” zogen, um ihre Wut und Trauer zu den Verantwortlichen zu tragen.
In dem Jahr danach seilte sich eine Gruppe namens “Feuerst@ine” vom Dach der “Ausländerbehörde” ab und spannte auf halber Höhe ein riesiges Transparent mit der Aufschrift “Abschiebung ist Mord!– Dimitrov erschossen von der Polizei” auf.



Neben mehreren Kranzniederlegungen vor der Polizeiwache in der Münzstraße, organisierte die Jugend Antifa Aktion (JAA) 2002 eine antirassistische Kampagne. Die Kampagne war dem Gedenken an Dimitrov gewidmet und trug seinen Namen. Inhalt der Kampagne waren vielfältige Aktionen gegen die rassistische Politik des Staates. So wurde beispielsweise symbolisch die Münzstraße in “Dimitrov-Straße” umbenannt und als Reaktion auf den Besuch des Rassisten und Menschenjägers Günther Beckstein (CSU) eine Gedenkkundgebung für die Opfer bundesdeutscher Flüchtlingspolitik organisiert. Den Höhepunkt der Kampagne bildete eine Demonstration mit über 300 Menschen gegen staatlichen Rassismus durch die Braunschweiger Innenstadt.

Fazit

Die Geschehnisse, die letztendlich zur Ermordung Dimitrov führten, sind beispielhaft für den Umgang des bürgerlichen Staates mit Menschen, die aus Angst vor Verfolgung, Folter und Tod fliehen mussten und sich in der BRD Hilfe und Schutz erhofften. Anstelle von Hilfe und Schutz erwartet sie hier aber nur rassistische Schikane und meist die schnellstmögliche Abschiebung. Dass dabei der Tod dieser Menschen in Kauf genommen wird, belegen die mehr als 500 nachgewiesenen Opfer bundesdeutscher Flüchtlingspolitik in den letzten 15 Jahren.
Diese Politik, die für sich den Anspruch erhebt zu entscheiden, wer hier wie leben darf, wollen wir ändern. Es ist die selbe Logik, nach der in aller Welt Kriege geschürt und geführt werden, wobei tote Soldaten und Zivilisten in Kauf genommen werden, die selbe Logik, nach der es Menschen ohne Erwerb gibt, die dann aus der Gesellschaft “verbannt” sind, eine Logik die Mauern zwischen Menschen baut - sei es aus Stein, sei es aus Geld – und diejenigen bestraft, die die Mauern überqueren. Darum: reißen wir die Mauern ein, die uns trennen!



Jeden Freitag ab 20 Uhr
Antifaschistisches Café
Cyriaksring 55 • 38118 Braunschweig

Freitag 3.12.2004
lecker Essen ... für 2 Euro
20 Uhr im Antifschistischen Café

Freitag 10.12.2004
Film: kanal b Film über die Coca-Cola Morde an GewerkschaftlerInnen in Kolumbien
20 Uhr im Antifaschistischen Café

Freitag 17.12.2004
leckeres Essen ... für 2 Euro
20 Uhr im Antifaschistischen Café

Freitag 14.1.2005
Film: „Todesschwadronen"
20 Uhr im Antifaschistischen Café

Jeden Montag 19 Uhr
Aktiv werden gegen Nazis und staatlichen Rassismus!
Kommt zur Jugend Antifa Aktion (JAA)!
Im Antifaschistischen Café

http://www.antifacafe.de.vu